

Pressemitteilung

28.02.2024

"Sparen, Stabilisieren, strategisch investieren": Finanz- und Kreisausschuss des Landkreises Mühldorf geben grünes Licht für Haushaltsentwurf 2024

Finanz- und Kreisausschuss des Landkreises Mühldorf a. Inn haben am Montagnachmittag den Haushaltsentwurf für 2024 vorberaten und mehrheitlich zugestimmt (Abstimmungsergebnisse: Finanzausschuss 9:2; Kreisausschuss 10:2). Die endgültige Beschlussfassung obliegt nun dem Kreistag, der am Freitag dem 01.03.2024, tagt. Der Sitzung waren Informationsveranstaltungen für Fraktionssprecher, Kreisräte und Bürgermeister in der vergangenen Woche vorausgegangen.

"Sparen, Stabilisieren, strategisch investieren": So fasst Landrat Max Heimerl den Haushaltsentwurf für 2024, der ein Gesamtvolumen von 205 Millionen Euro aufweist, zusammen. "Wir gehen mit unserem Haushaltsentwurf an die Grenze der Belastbarkeit. Unser Ziel konnte nur ein genehmigungsfähiger Haushalt sein. Ein ausgeglichener Haushalt ist unter diesen Rahmenbedingungen einfach nicht möglich", sagte Landrat Max Heimerl.

Das Problem: Der Landkreis hat auf die Rahmenbedingungen keinen Einfluss. Dazu zählen unter anderem höhere Energiepreise, ein großes Plus bei den Personalkosten aufgrund der Tarifsteigerungen, sowie deutlich steigende Sozialausgaben insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe. Besonders hoch fällt erneut das Defizit des Innklinikums aus. Allein hierfür muss der Landkreis für 2024 nach derzeitigem Stand 14,3 Millionen Euro einplanen. Im vergangenen Jahr waren es noch 17 Millionen Euro gewesen. "Als einer der ganz wenigen Landkreise in Deutschland kann unser InnKlinikum das Defizit gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich verringern. Das zeigt, dass wir auf einem guten Weg sind", sagte Heimerl.

Die Folge: Der Landkreis muss sparen, wo es möglich ist. Unter anderem werden Unterhaltsmaßnahmen im Tiefbau auf ein Mindestmaß reduziert. Um die Personalkosten im Landratsamt zu senken, werden zudem Stellen - soweit vertretbar - verzögert nachbesetzt. Trotzdem ist eine Erhöhung der Kreisumlage um 1,3 Prozent auf nun 55,3 % unumgänglich, um einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. In Zahlen bedeutet das, dass der

Landkreis für das Jahr 2024 rd. 93,9 Mio. € an Kreisumlage von seinen Städten und Gemeinden erhält, davon aber etwa 37,4 Mio. € direkt an den Bezirk weiterleiten muss.

Wie angespannt die Finanzsituation für den Landkreis ist, zeigt die Tatsache, dass das Genehmigungskriterium eines ausgeglichenen Ergebnishaushalts trotz der Erhöhung der Kreisumlage und der umfassenden Sparmaßnahmen nicht eingehalten werden kann. Der Ergebnishaushalt für das Jahr 2024 weist einen Jahresfehlbetrag von rund 3,1 Mio. € auf. Der Landkreis ist, was den laufenden Geschäftsbetrieb betrifft, nicht in der Lage seine Aufwendungen durch ausreichend Erträge abzudecken. "Um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen, sind wir gezwungen, mehrere Grundstücke zu verkaufen", erklärte Landrat Max Heimerl.

Ziel sei es dennoch, erfolgreiche Strukturen zu stabilisieren und zu erhalten. "Diese später wieder aufzubauen, wäre wahnsinnig schwierig", so Heimerl. Ein Beispiel dafür sei die Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS). "Diese ist für die Kinder und für die Schulen wichtig und wirkt auch gesellschaftspolitisch stabilisierend."

Trotz der angespannten Haushaltslage und des Sparkurses sieht der Haushaltsentwurf Investitionen in wichtige Zukunftsthemen vor. Der Landkreis hält weiterhin am geplanten Neubau des Sozialpädagogischen Förderzentrums in Waldwinkel/Aschau und an den G 9-Erweiterungen an den Gymnasien Mühldorf und Waldkraiburg fest. "Wir haben in der Vergangenheit Entscheidungen getroffen, zu denen wir auch in schwierigen Zeiten stehen müssen", sagte der Landrat, der die aktuelle Situation so zusammenfasst. "Wir haben einen Plan, wie wir durch die Krise kommen, und wir haben eine Strategie, wie wir gestärkt aus der Krise herauskommen."

Der Aufnahme von Darlehen bzw. der Umschuldung bestehender Kredite stimmten die Gremien ebenfalls mit großer Mehrheit zu (Abstimmungsergebnisse: Finanzausschuss 11:0; Kreisausschuss 11:1).

Der Antrag von Kreisrat Dr. Georg Gafus, die Kreisumlage auf 57,1 % zu erhöhen, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, wurde einstimmig abgelehnt.

Die wichtigsten Kennzahlen aus dem Haushaltsentwurf 2024 im Überblick:

- **Volumen:** rd. 205 Millionen Euro

- **Ergebnishaushalt:** rd. 189 Mio. € (2023: rd. 171 Mio. €)
 - laufende Ausgaben, etwa für Personal, Sozialleistungen, Betriebskosten für Schulen oder den ÖPNV
 - Größte Posten:
 - Transferaufwendungen (88 Mio. €), die sich im Wesentlichen aus den Positionen Bezirksumlage (37 Mio. €), Sozial- und Jugendhilfe (23 Mio. €) und Defizitausgleich Innklinikum (14 Mio. €) zusammensetzen;
 - Personalausgaben (35 Mio. €);
 - Sachaufwendungen wie Bauunterhalt, Heizung, Strom, Reinigung etc. im Bereich des Hoch- u. Tiefbau/Liegenschaften (14 Mio. €);
 - bilanzielle Abschreibungen (12 Mio. €);
 - Aufwendungen für Schülerbeförderung und Gastschulwesen (8 Mio.€).

- **Finanzhaushalt / Investitionen:** rd. 24 Mio. € (2023: rd. 22 Mio. €)
 - Größte Posten:
 - Schulbau (13 Mio. €), davon 5,7 Mio. € für Ersatzneubau Gymnasium Gars a. Inn, 2,5 Mio. € für Erweiterung G9 am Gymnasium Mühldorf, 2,5 Mio. € für Erweiterung G9 am Gymnasium Waldkraiburg und 2,0 Mio. € für Ersatzneubau SPFZ Waldwinkel/Aschau
 - Straßenbau (2 Mio. €), davon 1,3 Mio. € für Ersatzneubau Hirschbachbrücke in Polling
 - Investitionszuschuss (Landkreiseigenanteil) an das InnKlinikum, um den voraussichtlich Ende 2024 fertiggestellten Pflegeneubau am Klinikstandort Mühldorf zu finanzieren (5 Mio. €).

- **Schuldenstand:**
 - Der tatsächliche Schuldenstand zum 31.12.2023 stieg binnen eines Jahres um rund 2,9 Mio. € auf rund 40,4 Mio. €. Hinzu kommen noch rd. 8,8 Mio. € an Altschulden des InnKlinikums, die der Landkreis auf Grundlage des Fusionsvertrags zu tilgen hat.
 - Mit bestehenden Kreditermächtigungen, die zum 31.12.2023 noch nicht abgerufen waren, und 14 Mio. € an neuen Kreditermächtigungen im Haushalt 2024 könnten die Schulden inkl. Altschulden zum Jahresende 2024 bei 66 Mio. € liegen.

- **Kreisumlage:** Erhöhung um 1,3 Prozent auf nun 55,3 %

- In Zahlen bedeutet das, dass der Landkreis für das Jahr 2024 rd. 93,9 Mio. € an Kreisumlage von seinen Städten und Gemeinden erhält, davon aber etwa 37,4 Mio. € direkt an den Bezirk weiterleiten muss.

